

„Höchste Sicherheitsbedenken“ – Habeck übergibt hochrangige Atomexperten

Welt, 05.03.2022, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus237311943/Atomkraftwerke-Robert-Habeck-uebergibt-hochrangige-Atomexperten.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Ein Weiterbetrieb der AKWs in Deutschland sei mit „höchsten Sicherheitsbedenken“ verbunden, sagt Bundeswirtschaftsminister Habeck. Das habe eine Vorprüfung ergeben. Doch hochrangige Experten kerntechnischer Organisationen sehen die Lage ganz anders. Warum wurden sie nicht gefragt?

Kann es sich Deutschland leisten, jetzt drei Kernkraftwerke abzuschalten? Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hält die Reaktoren für verzichtbar: Im kommenden Winter 2022/23 würden die Meiler „nicht helfen“, ihr Weiterbetrieb sei mit „höchsten Sicherheitsbedenken“ verbunden, erklärte er mehrmals. Dies habe eine „Vorprüfung“ ergeben.

Die Meinung wichtiger kerntechnischer Organisationen wurde bei dieser Vorprüfung allerdings nicht eingeholt, wie WELT AM SONNTAG erfuhr. Weder die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) noch die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) wurden konsultiert.

Was dort für eine gewisse Missstimmung sorgte, insbesondere weil man die Vorbehalte des Ministers nicht nachvollziehen kann. „Mir ist nicht bekannt, wie diese Vorprüfung erstellt wurde“, sagte Uwe Stoll, Technisch-Wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Reaktorsicherheit. „Uns hat er jedenfalls nicht gefragt.“

Die GRS ist seit 1977 Deutschlands zentrale Fachorganisation auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit. Entgegen der Einschätzung des Ministers gibt es nach Auffassung der GRS bei einem Weiterbetrieb der Reaktoren über das gesetzliche Abschaltdatum 31. Dezember 2022 hinaus keine Sicherheitsbedenken.

„Die Kernkraftwerke müssen nach dem Atomgesetz alle Sicherheitsanforderungen bis zur letzten Minute erfüllen, sonst müssten von der Atomaufsicht entsprechende Maßnahmen oder die Stilllegung angeordnet werden“, betonte Stoll. „Ich kann Bedenken, das könnte einen Tag später plötzlich anders sein, nicht nachvollziehen.“

Wegen der bevorstehenden Abschaltung hätten die Betreiber im Einklang mit dem Atomgesetz zwar auf die letzte Sicherheitsüberprüfung verzichtet. „Die aber kann man ja nachholen“, sagte Stoll, der auch Mitglied der Reaktor-Sicherheitskommission ist.

Atomgesetz müsste angepasst werden

Es bedürfe dafür nur einer Anpassung des Atomgesetzes, das ja ohnehin novelliert werden müsse. Schwierigkeiten mit der personellen Besetzung der Kraftwerke und mit der Brennstoffbeschaffung seien lösbar, wenn dies politisch gewollt werde, sagte Stoll.

Für die „Vorprüfung“ befragte Habeck das traditionell atomkritische Bundesumweltministerium (BMUV). Das Haus sei das zuständige Bundesministerium für nukleare Sicherheit und trage die Verantwortung für die Bundesatomaufsicht, so ein Sprecher von Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne).

Die Befragung der RSK sei nicht erforderlich: „Im BMUV ist genügend eigene fachliche Kompetenz vorhanden, um die sicherheitstechnischen Folgen einer Laufzeitverlängerung zu beurteilen.“